

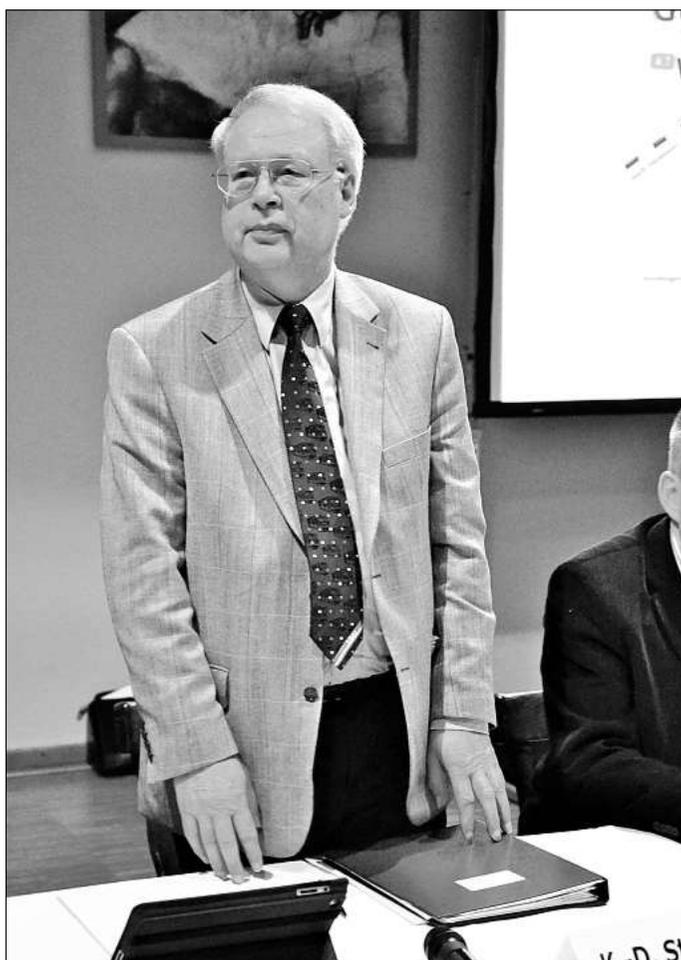
Landtagskandidaten äußern sich zur Güterbahnanbindung durch Burgwedel

Veranstaltung der Bürgerinitiative Bürgerforum Burgwedel in Wettmar

WETTMAR (ti). Seit zwei Jahren besteht das Bürgerforum Burgwedel e. V., eine Bürgerinitiative, die sich mit den Risiken einer Güterbahnanbindung von Isernhagen nach Lehrte im Zuge des Baues der Y-Trasse auseinandersetzt. Kurz vor der Landtagswahl am 20. Januar wurden bei einer Veranstaltung in Wettmar Vertreter aller Parteien, die sich um ein Mandat im Landtag bewerben, um Stellungnahmen zum derzeitigen Stand der Dinge gebeten.

Neben den Kandidaten von CDU, SPD, FDP und „Grünen“, sowie der Linken und der Piraten saß als Experte Klaus-Dieter Streit aus Rothenburg mit am Podium, der oft gefragt wird, wenn es um Gutachten für die Bahn geht. Die Kandidatin der FDP, Christiane Hinze, wurde von dem Oldenburger Landtagsabgeordneten Klaus Rickert vertreten.

Nach der Vorstellungsrunde gab der Vorsitzende des Bürgerforums, Professor Dr. Ernst-Otto Thiesing, einen kurzen Einblick in den derzeitigen Kenntnisstand, der davon ausgeht, dass sich der Güterverkehr bis 2025 nahezu verdoppeln wird. Eine weitere Verlagerung auf die Schiene erscheint unabdingbar. Stein des Anstoßes, so Thiesing, sei der „Appendix“ der Y-Trasse von Isernhagen nach Lehrte. Eine Veröffentlichung vor zwei Jahren hatte gezeigt, dass deren Trasse mitten durch Burgwedel führt. Dieser angenommene Verlauf wurde offiziell nicht bestätigt und ist bis heute offen. Im Raum steht auch im-



Als Experte in Bahnfragen war Klaus-Dieter Streit aus Rothenburg gefragt. Foto: Birgit Schröder

mer noch die Frage, ob diese Anbindung überhaupt gebraucht wird.

Die Statements des Podiums bezogen sich vor allem auf die Y-Trasse. Rainer Fredermann (CDU), Gründungsmitglied des Bürgerforums, wies darauf hin, dass es mit der Y-Trasse allein

nicht getan sei, dass es aber beim weiteren Ausbau immer wieder Betroffene geben werde. Aufgabe der Politiker vor Ort sei es, die Fragen dann aufzugreifen, wenn sie sich stellen. Den Zusammenhang zwischen der Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports und dem notwen-

digen Abtransport der Gütermassen durch Niedersachsen machte Marco Brunotte von der SPD deutlich. Nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan, an dem die Länder beteiligt wurden, habe die Y-Trasse jetzt Bestand. Gefordert sei die Bahn, die bei der Trassenführung die Interessen der Anlieger mit berücksichtigen müsse. Die neue Landesregierung habe dann neue Prioritäten zu setzen, bei denen die Politik mit im Spiel sei. Während der FDP-Landtagsabgeordnete sich mit einer allgemeinen Schilderung der Lage begnügte, deren Kosten er mit 1,5 Mrd. Euro bezifferte, lehnte Dr. Stefan Baufeld von der Linken die Y-Trasse als zu ineffektiv und zu teuer ab. Der Ausbau vorhandener Strecken sei günstiger. Er forderte, nicht nur nach dem geltenden Recht vorzugehen, sondern einen Rechtsschutz für die Bürgerinteressen zu schaffen. Michael Stobbe von den Grünen, der von einer Bausumme von 4 Mrd. sprach, befürwortete ebenfalls den Ausbau vorhandener Strecken. Das Problem der Y-Trasse sei, dass sie vor 2030 nicht fertig werde. Auch Wolf Liebetrau von den Piraten meinte, dass schnellere Lösungen her müssten. Der Verkehrsexperte gab bekannt, dass es neue Überlegungen der Bahn gebe. Eine Machbarkeitsstudie werde im März veröffentlicht.

Unterdessen hatten sich die Bürgermeister von Burgdorf, Alfred Baxmann und der Wedemark, Tjark Bartels unter das zahlreich anwesende Publikum gemischt. Bartels berichtete, dass sich inzwischen

viel geändert habe und die Bahn sich mehr für den Prozess öffne. Die Alternativen seien genau abzuwägen. „Da sind wir noch nicht“. In Burgdorf hat sich noch keine Bürgerinitiative aufgetan.

„Aber wir wollen beteiligt werden“, hob Baxmann hervor. Burgdorf sei schon allein deswegen betroffen, weil die Stadt im Umfeld des soeben an den Start gegangenen MegaHubs in Lehrte liegt. Seiner Meinung nach werde ein Strang von Kommunen durch die Querverbindung betroffen sein. Die Kosten dürften aber nicht auf sie abgewälzt werden.

Während es noch um die Rolle der Bürgerinitiativen ging – können sie ihre Interessen besser für sich oder als Gesamtheit durchsetzen – richtete Streit den Appell an die Politiker, auf

einen unabhängigen Gutachter zu bestehen. Aus dem Publikum kam die Anregung, der Betroffenheit der Bürger mit mehr Informationen zu begegnen.

Wenn das Verfahren transparent sei, und die Bürger den Eindruck hätten, dass das Geld sinnvoll eingesetzt werde, werde auch die Akzeptanz steigen. Marc Sinner von der Engenser CDU schloss sich dem an. Die Fakten müssten auf den Tisch. An die Politik gerichtet betonte er, dass sie Entscheidungen für die Zukunft zu treffen hätten, und sich nicht mit Planungen von vor 25 Jahren aufhalten sollten. Weitere Informationen versprach Thiesing nach dem Treffen mit dem Konzernbevollmächtigten der Bahn für Niedersachsen am 15. Februar in Hannover.



Professor Dr. Ernst-Otto Thiesing (rechts stehend) konnte zahlreiche interessierte Besucher zur Podiumsdiskussion begrüßen. Foto: Birgit Schröder